

# Landeselternkonferenz NRW



Ministerium für Schule und Weiterbildung  
des Landes NRW  
Völklinger Straße 49

40221 Düsseldorf

Vorstand:

Eberhard Kwiatkowski  
Beate Limbrock  
Hans-Joachim Remscheidt  
Susanne Guschmieder  
Karl Otto Hüsken  
Angela Lehmenkühler  
Maritta Sälzer  
Gabi Spork

## **Stellungnahme zum Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom Juni 2007 - 225.2.02.02.02 Nr. 55826/07 zur Fünf-Tage-Woche an Schulen**

Sehr geehrte Frau Ministerin Sommer,

grundsätzlich ist zu begrüßen dass den Schulen mehr Eigenverantwortung und damit mehr Selbstständigkeit zugestanden wird. Von daher ist zu begrüßen, dass der Entscheidungsrahmen der Schulkonferenz ausgeweitet werden soll. Die Schulkonferenz kann im Einvernehmen mit dem Schulträger seit 1992 den Unterricht an bis zu 2 Samstagen im Monat einführen, jetzt soll diese Möglichkeit für alle Samstage bestehen. Es gäbe jedoch Entscheidungsbereiche von deutlich mehr Bedeutung für die Schulen als den Samstagsunterricht.

Es stellt sich für uns aber die Frage - ist eine sechs Tage Woche für Schülerinnen und Schüler sinnvoll, ist es bei den Schulträgern durchsetzbar und warum besteht ein Bedarf an der Ausweitung der Unterrichtszeit auf den Samstag.

Als Folge des G8 ist vor allem in der Sekundarstufe I der Gymnasien die Stundentafel enorm aufgestockt worden. Die Folgen sind Unterricht bis weit in den Nachmittag hinein - was keine Überraschung ist sondern von vorne herein in Kauf genommen worden. Ein Lösung kann jedoch nicht eine Ausweitung des Unterrichtes auf den Samstag sein. Hier kann nur ein rhythmisierter Ganztagsunterricht mit entsprechenden Pausen und Ruhezeiten pädagogische Lösung sein. Für die Schülerinnen und Schüler und das Lehrerkollegium muss eine ausreichende Mittagspause zur Verfügung. Eine Unterschreitung von uns nicht befürwortet werden. Gleichzeitig muss die Schule für eine gesunde und ausgewogene Mittagsverpflegung sorgen und die Räumlichkeiten dafür zur Verfügung stellen.



Diesen Kostenaufwand versuchen sie durch die Ausweitung auf den Samstagsunterricht zu umgehen. **Wir lehnen dies entschieden ab.**

Auch nach den Regelungen im Runderlass von 1992 ist nach 6 Stunden Vormittagsunterricht eine Mittagspause von mindestens 60 Minuten einzuhalten und eine Mittagsverpflegung bereitzustellen. Nach heutigen ernährungswissenschaftlichen Erkenntnissen wissen wir um die Bedeutung von gesunder Ernährung. Hier muss Schule ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag uneingeschränkt nachkommen.

Aufgabe von Seiten der Gesetzgebung wäre es, eine Umsetzung der seit 1992 bestehenden Regelungen durchzusetzen und zu finanzieren.

Auch die entstehenden Kosten für den Schulträger sind zu berücksichtigen. Diese entstehen durch eine verlängerte Arbeitszeit z. Bsp. der Hausmeister und zusätzliche Energiekosten. Der Schulbusverkehr findet an einem zusätzlichen Wochentag statt und muss finanziert werden. Da nicht alle Schulen auf Samstagsunterricht umstellen werden sondern eventuell nur einzelne Schulen ist die Frage ob der Schulbusverkehr am Samstag in ausreichendem Maße aufrechterhalten wird. Diese Fragen stellen sich vor allem bei Kommunen mit Haushaltssicherung. Auch hier werden Entscheidungen vom Land getroffen, deren Finanzierung auf die Kommunen übertragen wird. Ist es nicht so dass derjenige, der die Musik bestellt, sie auch bezahlt?

Zuletzt möchten wir noch auf die einschneidenden Veränderungen bei den Familien eingehen. Vereinstätigkeit und sportliche Aktivitäten finden in umfangreichem Maße am Wochenende statt. Tätigkeiten die durch Samstagsunterricht erheblich eingeschränkt würden. Zudem benötigen Familien in der heutigen Zeit das Wochenende dringender als früher zur Erholung und für gemeinsame Unternehmungen. Von den berufstätigen Eltern wird zunehmend auch räumliche Flexibilität gefordert. Das führt dazu, dass die Familien in vielen Fällen nur am Wochenende gemeinsame Aktivitäten unternehmen können. Auch Besuchszeiten von geschiedenen Eltern finden in der Regel am Wochenende statt. Eine Ausweitung des Unterrichts auf den Samstag muss daher entschieden abgelehnt werden.

Die Landesregierung sollte eine Schulorganisation unterstützen, die pädagogischen Erkenntnissen folgt und keine Sparlösung ist.

Mit freundlichen Grüßen

*Eberhard Kwiatkowski*

Vorsitzender